

Fusion prüfen? – Jo, mir wei luege!

Überarbeitete Rede von Landrat Ruedi Brassel in der Fusionsdebatte vom 22. Mai 2014 im Landrat

Die Kantonstrennung hatte einen Grund

Als Historiker, der sich intensiv mit den Trennungswirren auseinandergesetzt hat, habe ich grösstes Verständnis für die Kantonstrennung. Damals lebten 3/5 der Basler Bevölkerung auf dem Land. Doch die Landbevölkerung hatte im Grossen Rat nur 2/5 der Stimmen inne. Der Ruf nach Gleichberechtigung war berechtigt. Uneinsichtigkeit und Sturheit haben damals, in den 1830er-Jahren, dazu geführt, dass eine brave Baselbieter Bittschrift um Gleichberechtigung den Auftakt gab zu erbitterten Auseinandersetzungen, die in blutigen Gefechten und in einer von den freundeidgenössischen Kantonen unterstützten Trennung endete.

Den Trennungsgrund gibt's nicht mehr

In anderen Kantonen gab es damals ähnliche Konflikte. Keiner hat zu einer dauerhaften Kantonstrennung geführt. Trotzdem bestehen heute noch in Zürich, Bern, St. Gallen oder Schaffhausen Unterschiede zwischen Stadt und Land in Wirtschaft, Kultur und in der politischen Landschaft. Ländliche und städtische Identitäten finden sich in denselben Kantonsparlamenten – und oft auch in denselben Personen, ohne dass sich jemand verleugnen müsste. Warum sollte das in der Region Basel nicht auch so sein können? Vielen geht es gleich wie mir: Ich bin Baselbieter und urban ausgerichtet. Ich muss nichts von mir abstreifen oder abstreifen, um als Baselbieter sagen zu können: Wir sollten uns einmal ganz nüchtern fragen, ob diese Kantonstrennung noch Sinn macht. In unserem Alltag haben wir sie nämlich längst überwunden: im Gefühl der regionalen Zusammengehörigkeit, im täglichen Pendeln, im Freizeitverhalten beim Wandern und beim Kulturerlebnis.

Wo liegt die Grenze? – In unsern Köpfen!

Und doch stolpern wir immer wieder über die Grenzen. Nicht am Dreispitz, bei St. Jakob oder am Morgartenring. Sondern in unterschiedlichen Vorschriften, Baugesetzen, komplizierten Verfahren, Gestrüppen von Staatsverträgen oder Doppelspurigkeiten in der Verwaltung. Nicht zuletzt stolpern wir aber über die Grenzen, die wir in unseren Köpfen haben festsetzen lassen. Dort liegt die vielbeschworene Hülfenschanz, die es zu überwinden gilt.

Was verlieren wir, wenn wir prüfen?

Die Frage ist ganz einfach: Was verlieren wir, wenn wir einmal untersuchen und prüfen, ob wir etwas verlieren oder gewinnen, wenn die beiden Basel sich zusammen tun? Nichts mehr und nichts weniger will die Fusionsinitiative und will es der Gegenvorschlag: Prüfen, ob eine Fusion der beiden Kantone Sinn machen könnte. Das ist der Auftrag, den der Verfassungsrat erhält. Er soll die Eckpfeiler definieren, die dann eine verlässliche Prüfung ermöglichen.

Weg mit den Scheuklappen!

Wer ohne diese Vorarbeit schon Nein sagt, setzt sich Scheuklappen auf. Scheuklappen, die angesichts der schwierigen Lage, in der sich unser Kanton befindet, alles andere als sinnvoll sind.

Wenn die Mehrheit der Baselbieter Regierung argumentiert, ein Einsetzen eines Verfassungsrats würde zu einer Blockade führen, dann zeugt das genau von solchen Scheuklappen. Die Regierung hat nicht einmal ihre historischen Hausaufgaben richtig gelöst. Hatten wir denn in den 1960er-Jahren, als zum letzten Mal ein Verfassungsrat an der Arbeit war, eine Blockade festzustellen? Das Gegenteil war der Fall. Die Arbeit an einer gemeinsamen Verfassung hat als Katalysator für die weitere Entwicklung gewirkt, auch wenn es nicht zur Wiedervereinigung gekommen ist.

Partnerschaft dynamisieren? Warum denn bisher nicht?

Weiter führen die Gegner einer Prüfung der Fusion an, es solle die Politik der Partnerschaft weiter vorangetrieben werden. Warum fragen sie nicht, weshalb denn die Fusionsfrage in den letzten Jahren auf den Tisch gekommen ist? Ich kann es ihnen sagen. Das hat vor allem zwei Gründe: zum einen ist diese – zeitweise sehr erfolgreiche - Partnerschaftspolitik mit über 120 Staatsverträgen an ihre Grenzen gelangt. Zum anderen ist die Partnerschaftspolitik in den letzten Jahren gerade von jenen Kreisen immer wieder torpediert worden, die sie heute als Alternative zu einer Fusion preisen! Wie glaubwürdig sind denn dann solche Lippenbekenntnisse zur Partnerschaft?

Auch die Regierung hätte es längst in der Hand gehabt, die Partnerschaft zu dynamisieren. Wenn sie jetzt sagt, sie wolle darauf setzen, gibt sie zu, es bisher nicht ernsthaft getan zu haben. Können wir solche Ausreden noch ernst nehmen?

Episode am Rande

Eine kleine Episode am Rande. Am Anfang der Landratsdebatte hat die SVP-Fraktion das Baselbieter Lied angestimmt. Ich selber habe gerne und nach Kräften mitgesungen und werde das auch später in einem neuen Kanton Basel tun. Aber mir ist dabei etwas durch den Kopf gegangen. An der Eröffnungssitzung der Landratslegislatur im Jahre 2007 war es, als wir gemeinsam in der Arena von Augusta Raurica das Baselbieter Lied gesungen haben. Damals wurde eine Partnerschaftsstrophe hinzugefügt. Die SVP-Fraktion hat – während der Landratssitzung – mit einem Transparent gegen die Partnerschaft protestiert. „Mir pfyffe uf dä fünfti Värs“, hiess es da! Und heute soll die Partnerschaft, auf die man buchstäblich jahrelang gepfiffen hat, als Alibi-Argument gegen die Fusionsbestrebungen hinhalten. Vergessen wir nicht: Nicht zuletzt weil in der Partnerschaftspolitik kein Verlass auf die SVP – und leider immer mehr auch auf grosse Teile der FDP gewesen ist, ist die Fusionsinitiative nötig geworden.

Die Wirtschaft will die Fusion

Wir müssen den Horizont öffnen. Die Herausforderungen liegen in der Sicherung der Zukunft unserer Region im internationalen Wettbewerb. Hier ist nicht Kleingeist gefragt, sondern Weitsicht. Es ist kein Zufall, dass die grossen Arbeitgeber und ihre Verbände, die Handelskammer beider Basel für die Prüfung einer Fusion eintreten. Eingewandt wird auch, die Fusion sei nicht wirtschaftlich, der Verfassungsprozess koste zuviel. Nun ja. Die Kosten belaufen sich pro Jahr auf vielleicht ein bis zwei Millionen. Rechnen wir für Jahre Arbeit, macht das grade mal 10 Mio. (Vergessen wir nicht, der Kanton BL hat eben fast doppelt soviel für eine Fehlplanung im Bruderholzspital in den Sand gesetzt!) Da darf es uns doch die Investition in den Verfassungsrat wert sein, unsere Zukunft, die Zukunft unserer Jugend, in die Hand zu nehmen und an die Arbeit zu gehen.

Jo – mir wei luege

„Mir wei luege“, ob da etwas Sinnvolles herauskommen kann. Wir wollen keine Scheuklappen, wollen schauen, ob wir über die Hülftenschanz in unseren Köpfen hinausdenken können. Gemeinsam mit Vertretern von Baselstadt in einem Verfassungsrat. Wie ernst es dabei mit dem Überwinden von Grenzen im Kopf den Baslern ist, zeigt der Gegenvorschlag, der uns im Baselbiet entgegenkommt. Er gibt den Baselbietern 3/5 der Sitze und der Stadt 2/5. Wir können den Kreis zu 1830 schliessen. Nehmen wir den Ball auf. Und sagen wir: „Jo. Jo – mir wie prüefe, jo mir wei luege – zämme und vorwärts!“